SAZ DIE LINKE. STADTVERBAND SUHL
Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
20. Jahrgang / Nr. 10
Oktober 2011
Preis: eine Spende

Weggehen oder bleiben, aber nicht vergessen!

Nach dem Stadtratsbeschluss für den vollständigen Abriss von Suhl – Nord stand für uns die Frage: „Gehen oder Bleiben?“
Nach langem Überlegen und nach Rücksprache mit der Familie unserer Tochter fiel für uns die Entscheidung: Gehen. Das bedeutet, wir sind ab Oktober 2011 in Niedersachsen (Raum Göttingen). Kein leichter Schritt! Wie sagt man aber – „Wenn nicht jetzt, wann dann?“
Beim Abschiednehmen macht man sich unter anderem auch Gedanken um das Nichtvergessen: - und hier ein für uns nicht unbedeutender:
In Suhl–Nord, vor der Ringbergschule, steht eine ca. 25 Jahre alte Linde. Dieser Baum wurde von der damaligen DGF – Gruppe Suhl – Nord als Friedens- und Freundschaftslinde gepflanzt. In das Pflanzloch legten wir ein „Schatzkästlein“, das Dokumente aus dieser Zeit enthält.
Leider sind viele, ja fast alle, die damals dabei waren, nicht mehr in Suhl. Wir möchten deshalb darüber informieren und darum bitten, wenn auch dieser Baum dem Abriss zum Opfer fallen muss, diese Zeitdokumente sicherzustellen. Auch sie gehören als kleiner Mosaikstein zur Geschichte Suhls, der Stadt des Friedens und sollten nicht in Vergessenheit geraten.
Wir werden unsere Zeit in Suhl (33 Jahre) nicht vergessen. Viele Freunde, interessante Begegnungen, liebgewordene Plätze, all das werden wir vermissen, aber in Gedanken mitnehmen. Vergessen werden wir unsere schöne Zeit in Suhl nie, denn wir waren gern hier.
Allen Mitstreitern, besonders aber den Mitgliedern der Suhler LINKEN, die uns als Sympathisanten immer gut auf- und angenommen haben, wünschen wir viel Kraft bei der Bewältigung der weiteren, nicht leichter werdenden Aufgaben.

- Anneliese und Volker Flurschütz -

Der Suhler Steinweg an einem Sonnabend

Liebe Leser der SAZ,

am 13. August dieses Jahres fand im Oberrathaussaal unserer Stadt eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Gehen oder bleiben“ statt. Konkret sollte es um das Verhältnis der Suhlerinnen und Suhler zur DDR gehen. Natürlich fanden sich Zeitzeugen, für die diese Alternative damals eine wichtige Gewissensfrage war. Wie drängend diese Alternative aber die Mehrheit der Suhler Bürger damals bewegte, blieb auf dieser Veranstaltung unbeantwortet. Fest steht allerdings, dass diese Frage für mehr als ein Drittel der Suhler Bevölkerung nach 1989 ganz entscheidend wurde. Davon zeugt unter anderem auch der Leserbrief der Familie Florschütz, der im vergangenen Monat die Redaktion der SAZ erreichte. Die Überschrift, die die Florschütz's für ihren Brief fanden, gleicht der vom 13. August: „Weggehen oder bleiben?“, sie fügten nur noch hinzu: „aber nicht vergessen!“ Seit 1991 hat diese Frage – meist nach langer und manchmal qualvoller Abwägung - mindestens 20.000 Menschen betroffen, wenn wir nur jene rechnen, die sich schließlich gegen Suhl entschieden haben.
Ich glaube, dass diese Tatsache trotz des Stadtratsbeschlusses über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) einige Fragen offen lässt:

- *Bemüht sich die Stadt tatsächlich mit der nötigen Konsequenz um attraktive, altersgerechte und auf persönliche Bedürfnisse ausgerichtete Angebote für Bürger, die ihre derzeitige Wohnung in einem Suhler Wohngebiet aufgeben wollen oder müssen?*
- *Muss nicht von der Stadt mehr getan werden als notwendig gewordene Umzüge den Wohnungseigentümern zu überlassen? Stimmen deren Interessen wirklich immer mit den Interessen der Stadtentwicklung überein?*

Diese und andere damit zusammenhängende Fragen gehören keineswegs zum alten Eisen. Sie sind, das zeigt der Brief der Familie Florschütz, für Suhl nach wie vor hoch aktuell.

- red -

Aus dem Inhalt:

CDU-Minister gegen Volksbefragung S.2
Schülerprojekt in Suhl S.3
Umbrüche in Afrika S.4
Weltfriedenstag in Suhl S.5
Besuch im Bundestag S.6
Zwei Weltbilder S.7

DIE LINKE kritisiert: Weiter kein Tempo beim Thema Gebietsreform

Gleich zu Beginn der Sommerpause hat die Landesregierung klargestellt, dass es auch weiterhin kein Tempo bei Fragen der Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen geben wird. „Das immer wieder neue Verkünden bereits bekannter Vorschläge soll darüber hinweg täuschen, dass die notwendigen Reformen noch immer auf die lange Bank geschoben werden. Damit bleibt es dabei, dass diese Amtsperiode der Landesregierung eine verlorene Zeit für Thüringen ist", erklärt der Kommunalpolitiker der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel.

Bereits seit über einem Jahr streiten die beiden Koalitionsparteien CDU und SPD über die Frage, ob und inwieweit im Vorfeld einer möglichen Reform ein Gutachten zu erstellen sei. Die CDU habe bisher die Umsetzung durch stetig neue taktische Spielchen blockiert. Nunmehr soll offenbar eine Stabsstelle in der Staatskanzlei eingerichtet werden, die sich des Themas annehmen soll. Damit würden innovative Ideen ignoriert und aus dem Dunstkreis von Behördenmitarbeitern sollen Vorschläge für eine Behördenreform erarbeitet werden. „Anstatt sich endlich einer Verwaltungsreform zu widmen, um die Effizienz der Behörden zu erhöhen, wird der Apparat wieder ein bisschen mehr aufgebläht. Mit der Bildung der Stabsstelle wird das Vorhaben endgültig beerdigt", betont der Abgeordnete. Der Linkspolitiker fordert die Landesregierung auf, ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben und sich auf die bereits vorliegenden Daten und Fakten zu konzentrieren. Darauf aufbauend bleibe DIE LINKE bei ihrer Forderung nach konsequenter Zweistufigkeit mit Auflösung der Mittelebene. „Bereits mit dem Landeshaushalt 2012 und dem Kommunalen Finanzausgleich müssten Anreize für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gesetzt werden. Ansonsten wäre wieder ein Jahr unwiederbringlich verloren", unterstreicht abschließend Frank Kuschel.

Thüringens Innenminister Geibert (CDU) gegen Volksbegehren

Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) macht Front gegen das Volksbegehren gegen überhöhte Kommunalabgaben: Er hält die Intentionen des entsprechenden Gesetzesvorschlags für verfassungswidrig. Das Konzept sieht unter anderem eine neue Landessteuer namens Infrastrukturabgabe vor, an deren Rechtmäßigkeit sich die Geister scheiden.

Erfurt. "Es spricht sehr vieles dafür, dass sich dieses Volksbegehren nicht auf dem Boden unserer Verfassung befindet", erklärte Geibert in einem TLZ-Interview. Vor allem die vorgeschlagene Infrastrukturabgabe stößt auf seine Bedenken. Er bezweifelt, dass der Landesgesetzgeber überhaupt eine neue Steuer einführen darf. "Das ist nichts anderes als eine neue Grundsteuer", sagte Geibert.

Innerhalb kürzester Zeit hatten die Initiatoren des Volksbegehrens etwa 24.000 Unterschriften für ihren Vorstoß gesammelt. Die werden jetzt vom Innenministerium geprüft. Danach muss die Landtagspräsidentin die Zulässigkeit feststellen. Erst dann wird die Landesregierung über das weitere Vorgehen beraten. Lehnt sie das Volksbegehren ab, wird wohl letzten Endes wieder einmal der Verfassungsgerichtshof darüber entscheiden müssen.

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl,
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
Kto-Nr.: 170500 7151; **BLZ:** 840 500 00 Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl.
V.i.S.P.: A. Longard,Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer November-Ausgabe 2011 ist am 20.10.2011.

Pecunia non olet

Die Thüringer Minister und alle, die es waren – auch der Clown Duchac gehört dazu – können sicher sein, dass sie unter den Hartz-IV-Almosenempfängern, den Arbeitslosen des Landes und all den Landeskindern, die mit dem Schimpfnamen „Prekariat" belegt wurden, kaum Freude haben. In Erfurt streitet sich die Koalitionsriege trotz eines präsidialen Kompromissvorschlages um Luxusrenten für Minister – natürlich nicht um nur fünf oder zehn Euro. So ein gewesener Minister - egal ob schon im Rentenalter oder noch nicht – hat halt ganz andere Ansprüche als so ein kleiner Hartz-IV-Empfänger. Eingezahlt hat der Herr Minister allerdings nicht in die Rentenkasse, wozu auch? Dieter Althaus (53), ehemals Ministerpräsident und den Thüringern für seine Charakterstärke bekannt, soll wohl runde 8.500 Euro kriegen – monatlich! Und das neben seinem heutigen gewiss armseligen Managergehalt. Privilegien, die offenbar weit komfortabler als die tausendmal verteufelten „Privilegien" in DDR-Zeiten sind. Unsere allseitig gebildeten Regierungsvorbilder in Erfurt kennen eben die alten Römer und achten Vespasians Wort „Pecunia non olet!" - Geld stinkt nicht. **- old long -**

P.S.: Der Erfurter Streit bestätigt allerdings auch, dass in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört.

Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!

LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten
Ina Leukefeld

Fachkräfte von Übermorgen

Spielendes, experimentelles und forschendes Lernen

Durch die Bildungsangebote des KINDERSOLARZENTRUMS „Prof. Solarius“ e.V. als Bildungsnetzwerk werden die Herausforderungen in unserer Welt in der Gegenwart und in den nächsten Jahrzehnten altersgerecht am Beispiel einer klimaverträglichen Energieerzeugung und ihrer effizienten Nutzung so erlebbar vermittelt, dass eine wachsende Bereitschaft zur persönlichen Mitgestaltung der Kinder für eine nachhaltige Entwicklung erreicht wird. Das soll durch spielendes, experimentelles und forschendes Lernen mit realen und virtuellen Selbstbau- und Experimentiermodellen zur direkten und indirekten Solarenergienutzung - verbunden mit der Förderung der Medienkompetenz der Kinder – erfolgen. In Südthüringen engagiert sich dafür besonders Herr Reder, der Schulstunden in den Suhler Schulen anbietet und gemeinsam mit den Kindern Modelle baut. Besonders beliebt sind z.B. der Solarbiker und der Roboter. Um ganze Klassensätze dieser Modelle herstellen zu können, wird natürlich Geld gebraucht. Deshalb wandte sich Herr Reder an Ina Leukefeld mit der Bitte um Unterstützung. Sie kam dieser Bitte gerne nach und ebnete den Weg dafür, dass für dieses tolle Bildungsangebot 3000 Euro aus Lotto - Mitteln nach Südthüringen flossen. In einer gemeinsamen Veranstaltung - auch die Rhön-Rennsteig-Sparkasse unterstützt das Projekt - konnten entsprechende Schecks an Suhler Schulen überreicht werden. Die Akteure werden sich zu gegebener Zeit vor Ort ein Bild darüber machen, was die Kinder inzwischen alles gelernt haben. **- I.B. -**

Schritt in die Selbständigkeit muss wirksamer unterstützt werden

Die Anzahl der erwerbstätigen Leistungsempfänger mit Einkommen aus selbständiger Tätigkeit in Thüringen ist im vergangenen Jahr auf 5.912 Betroffene angestiegen, analysiert die Arbeitsmarktpolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld. Anhand einer von der Landesregierung beantworteten Kleinen Anfrage zur Entwicklung der Anzahl der Selbständigen in Thüringen, die ergänzende Leistungen nach dem SGB II - also so genannte Hartz-IV-Leistungen – beziehen, wird deutlich, dass die Anzahl dieser Leistungsempfänger seit 2007 um knapp die Hälfte angestiegen ist.

Aus der Antwort der Landesregierung auf die parlamentarische Anfrage der Linksfraktion geht eindeutig hervor, dass die Anzahl der selbständig Erwerbstätigen seit Inkrafttreten der Grundsicherung für Arbeitsuchende zum 01.01.2005 kontinuierlich gestiegen ist. „Obwohl die Landesregierung ebenfalls zu dieser Erkenntnis gelangte, ist sie nicht in der Lage, eine detaillierte Analyse zu den Ursachen dieses Anstiegs anzustellen“, stellt die Arbeitsmarktexpertin fest und sagt weiter: „Dabei liegen die Gründe doch offensichtlich auf der Hand: Die Binnenkaufkraft ist gering, der Binnenmarkt klamm, die Ansätze in der Landesarbeitsmarkt- und Förderpolitik nicht geeignet, den Menschen auf dem Weg in die Selbständigkeit Halt zu geben. So müssen immer mehr Selbständige den Gang zu den Job - Centern antreten, weil sie ihren Lebensunterhalt eben nicht aus eigenen Kräften bestreiten können. Erschwerend hinzu kommen zweifelsohne auch solche Probleme, wie die über Jahrzehnte hinweg in Thüringen praktizierte Niedriglohnpolitik, die dazu führte, dass die Menschen im Land sich viele Produkte und Dienstleistungen einfach nicht leisten können.“

Erwerbsfähige Hilfebedürftige können in Thüringen bei Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit mit Einstiegsgeld unterstützt werden, wobei dieser Zuschuss eine Ermessensleistung und auf maximal 24 Monate begrenzt ist. „Die Landesregierung muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Schritt in die Selbständigkeit für die Betroffenen nicht zur Farce wird. Dazu gehört neben einer kompetenten Gründungsberatung und der Zahlung des Einstiegsgeldes auch das Coaching während der ersten fünf Unternehmensjahre. Darauf wird in Thüringen immer noch zu wenig Wert gelegt, denn bei einem vernünftigen Konzept und mit einer kompetenten Beratung würde zahlreichen Neuunternehmern der Weg zum Jobcenter oder zur Schuldnerberatung erspart bleiben“, so Frau Leukefeld abschließend.

I. Leukefeld zu Ausbildungsmessen

Im September war in Sachen Informationen zu Ausbildungsplätzen viel los in der Region. Wie die Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld sagt, sei es sehr gut und wichtig, frühzeitig mit der Berufsorientierung und der Berufsvorbereitung zu beginnen, damit die Schülerinnen und Schüler genug Zeit haben, den für sie richtigen Beruf zu finden. Es gäbe nicht nur viele wichtige sondern auch neue Berufsfelder, die den jungen Leuten gar nicht richtig bekannt sind, wo aber händeringend nach Fachkräften gesucht würde. Sie plädierte dafür, das Projekt „Berufsstart plus“ des Südthüringer Handwerks zum Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz für alle Schülerinnen und Schüler auszugestalten.

Prof. Ruf (Rosa-Luxemburg-Stiftung): Die Umbrüchen in Nordafrika

Der Abend im FRIZ am 31.08.2011 war für die Beteiligten ein absoluter Gewinn! Er vermittelte ihnen wertvolles Hintergrundwissen, um die Konflikte in den Ländern Tunesien, Ägypten und Libyen zu verstehen und einzuordnen. Prof. Ruf ist ein Politikwissenschaftler mit internationalen Lehr- und Engagement-Erfahrungen und beteiligt bei dem jährlich stattfindenden Friedensratschlag in Kassel. Für Außenstehende, die sich wenig mit den Entwicklungsprozessen in den nordafrikanischen Ländern beschäftigen, sind die dortigen Aufstände und Unruhen schwer zu bewerten. Die Medien spiegeln meist nur die Prozesse wider, die dort ablaufen. Sie setzen sie seltener in Verbindung zu den Eigenheiten der Länder und den sozialen Ursachen. In allen drei Ländern Tunesien, Ägypten und Libyen spielen Korruption und Machtmissbrauch eine große Rolle. Sie verfügen über wenig eigenständige Wirtschaftsbereiche und Industrien und sind abhängig von europäischen und asiatischen Importen. Alle drei Länder haben wichtige Rohstoffvorkommen, besonders Erdöl, das sie exportieren. Nur ein Bruchteil ihrer Landflächen können wegen der Austrocknung und Versandung landwirtschaftlich genutzt werden. Ägypten und Tunesien sind für Europäer gefragte Urlaubsländer. Der Tourismus ist für sie ein wichtiges Standbein. Libyen hat sich selbst isoliert und unter arabischen Staaten sogar Feinde, die sich an dem NATO-Einsatz beteiligen. Alle drei Länder haben eine hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter jungen Menschen. Allerdings gab es in Libyen auch unter Gaddafi sozialistische Ansätze: die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, Strom, Benzin und Gas, Wohnungsbauprogramme, die Erhöhung der Mindestlöhne und seit 1973 die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen. Die libysche Wirtschaft ist bis heute stark geprägt von planwirtschaftlichen Elementen mit Importverboten, Preiskontrollen und staatlich kontrollierter Verteilung. Der Bildungssektor wurde aufgebaut. Es besteht Schulpflicht vom 6. bis 15. Lebensjahr. Der Schulbesuch ist kostenlos. So wurde dem Analphabetentum der Kampf angesagt. Ein kostenloses Gesundheitssystem half dabei, die Malaria auszurotten. 51% der Ölgesellschaften arbeiten mit staatlicher Beteiligung. In der Folge dieser sozialpolitischen Maßnahmen ist Libyen das Land mit dem geringsten Wohlstandsgefälle Afrikas. Gaddafi leistete für afrikanische Staaten Aufbauhilfe. Seit 1992 wurden allerdings verstaatlichte Immobilien wieder privatisiert und seit 2002 wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen eingeführt.

Die Aufstände werden getragen von jungen Leuten, hauptsächlich aus dem Ostteil des Landes und richten sich gegen Polizeistationen. In diesen Regionen regieren noch Stammesgesellschaften. Ein Nationalstaat mit einheitlichen Strukturen ist nicht möglich. Der Übergangsrat ist islamistisch. Er wurde aber international anerkannt.

Die NATO-Bombardements sollten die Rebellen unterstützen. Alles artete in einen Bruderkrieg aus. Libyen zerfällt im Chaos. Das Bandenwesen nimmt zu. Mit der UN-Resolution 1973 v. 17.03.2011 wurde der Militäreinsatz von dem UN-Sicherheitsrat zum Schutz der Zivilbevölkerung legitimiert.

Weitere wichtige Aussagen: In den hoch zivilisierten kapitalistischen Ländern wurde nach dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes das Feindbild des Islam aufgebaut. Die Zivilbevölkerung ist immer die Leidtragende von Kriegen und militärischen Konflikten. Diese wirken selektiv und lösen keine Probleme. Gewalt hat oft soziale Ursachen in der hohen Arbeitslosigkeit und der Dominanz von ökonomischen Interessen. Religiöser Fundamentalismus ist immer gefährlich.

Die sehr intensive Diskussion im Anschluss ergänzte den informativen Vortrag und bestärkte die Teilnehmer/innen in ihren Grundhaltungen, dass Kriege und Militäreinsätze keine Probleme lösen.

Wer sich weiterführend für das Thema interessiert, dem sei das Interview von Prof. Ruf mit dem Muslimmarkt empfohlen. www.muslim-markt.de/interview/2007/ruf.htm

- Elisabeth Pfestorf -

Über das internationale Echo zum Libyen-Krieg

Für eine weitergehende Beschäftigung mit dem Libyen-Krieg empfehlen wir auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Reihe „PAPERS“ herausgegebene Schrift mit dem Titel „Der Libysche Krieg des Westens. Ein Zwischenstand.“ Autor ist Erhard Crome. Akribisch und anhand zahlreicher Zitate beschäftigt sich Crohe mit dem Echo auf den Libyschen Krieg in der UNO und in einzelnen Ländern wie China, Russland, Deutschland, Indien, Brasilien, der Türkei, Südafrika und der Afrikanischen Union. Das ermöglicht ihm zu grundsätzlichen Schlussfolgerungen für die Analyse der gegenwärtigen internationalen Situation zu gelangen. So schätzt er ein, dass mit dem Libyen-Krieg „der Krieg als Mittel der Politik der westlichen Mächte noch mehr veralltäglicht wurde und etliche der Mächte immer frivoler und ausverschämter zum Mittel des Kriegs greifen.“ Die UNO könne diesem Prozess leider nicht wirksam entgegentreten. Jeder dieser Kriege des Westens befeuere das weltweite Westrüsten.

Andererseits zeigt das internationale Echo au den Krieg, dass die Stimmung bei aller Verurteilung der auslösenden Aktionen des Gadaffi-Systems Krieg als Mittel der „Krisenbewältigung“ nicht zu akzeptieren bereit ist. Die Schwierigkeiten der Kriegstreiber, Kriege einzufädeln und der eigenen Bevölkerung propagandistisch zu verkaufen werden immer größer. Insofern wachsen - so Erhard Crome – mit der sich verstärkenden Tendenz zum Krieg auch die Gegenkräfte. Es gelte, die Probleme der Welt friedlich zu lösen, eine andere Lösung gebe es nicht.

- KaWa -

Weltfriedenstag 2011 – Was mich ermutigt und was mich bedrückt

Suhler Mahnwache am Weltfriedenstag

Am Frauenstammtisch erzählt Jochen Peters, Gründungsmitglied der „Suhler Friedensinitiative“, am 1. September, wie er mit 15 ½ Jahren eifrig Munition schleppte im April 1945. In Hitlers letztem Aufgebot gab es nicht mehr für jeden ein Gewehr. Dass er trotzdem eines Nachts sein Bündel schnürte und sich verdrückte, hatte die Bemerkung eines Soldaten „wenn ich hier in der Nähe wohnen würde ...“ verursacht. Doch es war nur ein Sieg der Angst vor den Granateinschlägen und damit vor dem Sterben ringsum im Anhaltinischen. Um so intensiver dominiert das „Nie wieder Krieg“ in seinem Leben seit fast fünf Jahrzehnten.

Vorher hatte Anneliese Florschütz, parteilos, aus Briefen ihres Vaters von der Front vorgelesen: Zeilen voller Sorge um Frau und Mutter, wie sie zurechtkommen in schwieriger Zeit, und auch (noch) voller Hoffnung, dass der „Iwan“ bald besiegt sein werde und sein Ein-und-Alles, Baby Annelie, gesund und gut umsorgt bleiben möge bis zum Wiedersehen. Doch das letzte Lebenszeichen des Vaters datiert vom April 1943. Sorgsam schützt Frau Florschütz jedes der mit der Zeit vergilbten Blätter und den filigran gezeichneten Ostergruß in einer Folie als einziges, was von ihrem Vater geblieben ist. Mir – mein Vater kam in Stalingrad um – blieb nicht einmal das. Doch eingebrannt in mein Gedächtnis sind die Nächte der Angst und des Schreckens im Luftschutzkeller, besonders bei der Bombardierung von Chemnitz.

Derart eigenes Erleben – „zumal es mit den Jahren immer weniger solch Betroffene gibt“, so Frau Florschütz, zwingt uns heute, da die Welt nicht friedvoller ist, zum Protest gegen den Krieg, auch zu einer Mahnwache am 1. September. Diese hat Elisabeth Pfestorf in der ihr eigenen Sorgfalt zum wiederholten Male mitgeprägt – dank eindringlicher Texte sowie selbst gefertigter Plakate: In Erinnerung an den II.Weltkrieg mit 60 Millionen Toten mahnt die „Suhler Friedensinitiative“ Lehren aus der Geschichte an und fordert „Keine deutschen Waffenlieferungen in Krisengebiete“ und „Bundeswehr – raus aus Afghanistan“.

Empört über die karge Vorankündigung im Freien Wort , die sowohl unsere Beweggründe als auch die Einladung an die Bürger ignoriert, betont Elisabeth Pfestorf ausdrücklich, dass sie sich auch als Christin zum Frieden verpflichtet fühlt. Wie Renate Müller, Pastorin i.R., die seit Jahren bei Aktionen verlässlich an unserer Seite ist. Konstantin Weckers „Sag nein!“ entspricht ihrer eigenen Haltung. Unsere Stadträtin und Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld spricht von ihrer Sorge, dass sich die Menschen an Kriege gewöhnen, statt die sozialen Zusammenhänge „mitzudenken“: Für Ina besonders erschütternd, „dass alle 60 Sekunden ein Kind verhungert und pro Jahr 40 Millionen Menschen an Hunger, Mangelernährung und daraus resultierenden Krankheiten sterben.“

Ermutigend für das Weitermachen ist mir die Reaktion eines Bürgers, nach der Mahnwache: „Alle Achtung, wie Ihr immer wieder gegen den Zeitgeist streitet!“ Desto mehr bedrückt mich: Warum nutzen nicht noch mehr Mitglieder unseres Stadtverbandes mit ähnlichen Lebenserfahrungen die Gelegenheit des Weltfriedenstages, um in unserer „Stadt des Friedens“ der LINKEN als Friedenspartei Geltung zu verschaffen ?

- Sonja Reinhardt -

Zweierlei Opfer?

Noch heute gibt es so manchen Streit und manche Unklarheit über das, was am 11. September in den USA geschah. Und leider hört sich das Wort „Jeder Tote ist einer zuviel“ fast schon wie eine abgegriffene Redensart an – auch aus dem Mund der Kanzlerin. Wenn der Massenmord an 3000 Menschen und derartiger Terror in aller Welt auch Ursachen haben, so muss man der unschuldigen Opfer gedenken.

Dennoch sollte man aber auch nicht jene 200 000 oder mehr Opfer von Hiroshima und Nagasaki vergessen, die auf das Konto von Obamas Vorgängern gehen – unnötige Opfer, da der zweite Weltkrieg nahezu entschieden war. Und fragen muss man sicher auch, wer heute eigentlich der vielen Toten und Missgestalteten nach den Agent-Orange- und Napalm-Bombardements der US-Airforce auf Vietnam gedenkt. Oder, wer zählt die Toten im Irak-Krieg, für den in den USA eine Ursache buchstäblich erfunden wurde. Und: Der Afghanistan-Krieg hat inzwischen bei Tausenden Menschenopfern des Landes auch auf viele amerkanische GI´s und mehr als 50 deutsche Soldaten zurückgeschlagen.

Mit Gedenken ist das heute eben so eine Sache, denn auch Weltgeschichte ist nicht teilbar. Das Wort „Jeder Tote ist einer zu viel“ darf nicht zu einer Floskel im Mund leichtfertiger Politiker verkommen.

- old long -

„DER BEVOELKERUNG“ - Ein Kunstprojekt im Bundestag

Foto: Dano

Ca. 40 Interessentinnen und Interessenten weilten Ende August dieses Jahres auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Jens Petermann (DIE LINKE) zu Besuch in Berlin. Begleitet von einer sachkundigen und sympathischen Führung durch den Mitarbeiter des Bundespresseamtes, Herrn Siebert, besuchten sie u.a. die Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bundestag und Bundesrat, eine Ausstellung zur Geschichte der parlamentarischen Demokratie im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt und das Bundesministerium der Justiz. Gleich am ersten Abend konnten sie eine Rundfahrt auf dem Schiff durch das Zentrum Berlins erleben, am nächsten Tag folgte eine Stadtrundfahrt im Reisebus.

Zweifellos gehörte die Begegnung mit Jens Petermann im Reichstagsgebäude zu den Höhepunkten der Reise. Nach einer Gesprächsrunde über die aktuellen Vorhaben der Linksfraktion besuchte die Reisegruppe ein interessantes, aber wenig bekanntes Kunstprojekt im Innenhof des Reichstagsgebäudes. Bemerkenswert ist das Projekt mit dem Titel „Der Bevoelkerung“ schon deshalb, weil seine Vergabe zu einem von 2 Fällen in der Geschichte des Bundestages führte, bei denen Kunstprojekte zu einer Bundestagsdebatte mit heftiger Diskussion führten. (Im zweiten Fall handelte es sich um die Verhüllung des Bundestagsgebäudes durch das bekannte Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude im Jahre 1994). Zur Debatte des noch aktuellen Projektes „Der Bevoelkerung“ des Künstlers Hans Haacke kam es am 05. April 2000, bei der schließlich die Abgeordneten mit einer Mehrheit von 2 Stimmen dem Projekt ihre Zustimmung gaben. Haacke bezieht sich auf die 1916 am Westportal des Reichstagsgebäudes angebrachte Inschrift DEM DEUTSCHEN VOLKE und greift eine Mahnung Bertolt Brechts auf, der nach dem schrecklichen faschistischen Weltkrieg jeden nationalistischen Missbrauch der Begriffe „Volk“ und „Deutsch“ verhindern wollte. Auch wenn die Inschrift „Der Bevölkerung“ nicht ganz so glatt über die Zunge geht, wird damit doch betont, dass der Deutsche Bundestag für alle in Deutschland lebenden Menschen Politik betreibt. Ein bis in die Gegenwart sehr aktueller Gedanke, der – etwas abgewandelt - auch bei den Führungen durch Berlin aufgegriffen wurde. In Berlin jedenfalls, so unser Stadtführer, wird die Frage, wer eigentlich ein Berliner ist, einfach und klar beantwortet: „Berliner ist, wer in Berlin bleibt“. Damit ist die Frage nach dem Herkunftsort von völlig untergeordneter Bedeutung. Zweifellos eine durch und durch humanistische Auffassung.

Im Lichthof des Bundestages wurde nun ein 21 x 7 m großer flacher Kasten installiert, aus dessen Mitte in weißen Leuchtbuchstaben die Worte DER BEVÖLKERUNG nach oben strahlen. Der Schriftzug ist von allen Etagen des Gebäudes aus zu lesen, vom Plenarsaal, von der Presse- und Fraktionsebene und von den Besuchern auf dem Dach.

Die Bundestagsabgeordneten wurden eingeladen, aus ihrem Wahlkreis einen Zentner Erde nach Berlin zu bringen und um die Leuchtbuchstaben auszustreuen. Seitdem steht es den Abgeordneten frei, zu einem von ihnen gewählten Zeitpunkt ihre Wahlkreiserde einzubringen. Jens Petermann gab die Einladung an die Besucher aus Südthüringen weiter. So wurde das frei wachsende Areal mit einer Vielzahl unterschiedlicher Pflanzen am 31. August 2011 mit Erde aus unserer Region, darunter mit solcher aus dem Rennsteiggarten Oberhof, bereichert. Über nternet wird man beobachten können, welche Pflanzen nach gegebener Zeit rund um den Buchstaben L (DIE LINKE) gedeihen, denn über dem Projekt ist eine WebCamera angebracht, mit der sein Fortgang über täglich gespeicherte Aufnahmen verfolgt werden kann. Unsere Besuchergruppe befand, dass es sich ein gutes Projekt handelt, das die Unterstützung der Besucher aus der Bevölkerung verdient. Unser Dank gilt auch Holger Auerswald und allen, die bei der Organisation der Reise mitgearbeitet haben.

- K. Walther -

Weltbilder zu besichtigen

Das erste, was uns in dem nordthüringischen Städtchen Bad Frankenhausen auffiel, war eine veränderte Landschaft. Vor dem weit geöffneten Fenster unserer Pension breitete sich das Städtchen mit jenem schiefen Kirchturm aus, um dessen Erhalt es viele Gespräche in der Stadt gibt. Am Horizont eine sanfte und wenig bewaldete Hügelkette. Im Rücken der vom Fenster nicht sichtbare Schlachtberg. Welch ein Gegensatz zum friedlichen Landschaftsbild! Allerdings hat hier die letzte Schlacht vor mehreren Jahrhunderten stattgefunden, 1525 im Deutschen Bauernkrieg. Genau daher hat der aus dem Zentrum der Stadt gut sichtbare Berg seinen Namen bekommen. An die Schlacht erinnert ein zylinderartiger Bau, der ein gewaltiges Gemälde beherbergt. Sein in DDR-Zeit geborener, sperriger Titel „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ gilt noch heute, auch wenn er nicht annähernd den künstlerischen Gehalt jenes Kunstwerkes mit einer Länge von 123 Metern, einer Höhe von 14 Metern und mehr als 3000 Einzelpersonen widerzuspiegeln vermag. Wer sich also für das Bild interessiert, sollte unbedingt Zeit mitbringen und weitere Besuche nicht scheuen. So erfährt man auch Seltsames und Überraschendes, z.B. über die Einladung einer sowjetischen Frauenbrigade, die die Leinwand für den Künstler vorbehandelte, weil sie über das Geheimnis russischer Ikonenmaler verfügte, mit dem die Haltbarkeit der Leinwand verlängert werden kann.

Werner Tübke selbst soll nach Fertigstellung seines Werkes des Titels überdrüssig geworden sein. Er bevorzugte dagegen die Bezeichnungen „Teatrum mundi“, das Welttheater, oder „Ein Bildnis moderner Zeiten im historischen Gewand“. In seinem Gemälde hatten sich im Laufe des Schaffens konkrete Geschichte und Gegenwart miteinander verknüpft. So wurde es zu einer ganzen Szenerie menschlichen Seins im historischen Gewand des 16. Jahrhunderts. Es mag ganz unterschiedlich sein, welche Szene der Betrachter in sich bewahrt und mit nach Hause nimmt und wie er sie interpretiert. Für den einen mag das die nach der Niederlage gesenkte Bundschuhfahne Thomas Müntzers sein, für den anderen aber die milchige, blaßblaue Weltkugel mit dem farbenfrohen Spalt. Es kann der galoppierende Reiter sein, der auf seinem Pferd das Leben durchrast, der „Niemand“ oder Pontius Pilatus, der sich die Hände (in Unschuld?) wäscht. Der Maler jedenfalls hat sich Zeit seines Lebens geweigert, sein Werk zu interpretieren. Um so vielfältiger sind die Entdeckungsmöglichkeiten des Betrachters. Wer sich die Mühe macht, gründlicher zu recherchieren als es die Führung bietet, der wird sogar von künstlerischer Freiheit in der DDR erfahren, denn Tübke hatte durchgesetzt, dass ihm keiner in sein Werk hineinreden durfte.

Wer Kontraste zu schätzen weiß, dem empfehlen wir einen Abstecher nach Sachsen-Anhalt, denn nach anderthalbstündiger Autofahrt kann er in der Nähe der Grenze zu Thüringen eines der modernsten und bemerkenswertesten Museen erleben, die Arche Nebra. So wie der biblische Noah die Tiere der Erde vor der Flut bewahrte, so bemüht sich die Arche Nebra um die Erhaltung der Kernpunkte des menschlichen Wissens über das Weltall. Da werden modernste Präsentationstechniken in strahlend weißen Räumen aufgeboten, z.B. ein Planetarium, Comics und wissenschaftliche Informationen an allen Ecken und Enden. Der sensationelle Fund der „Himmelsscheibe von Nebra“ wird eingebettet in Entdeckungen vom Weltall in Jahrhunderten davor und danach. Dazu kommt im Jahre 2011 eine sehenswerte Sonderausstellung über die Entdeckung des „Ötzi“ im Eis der Alpen. Überraschend ist die Vielfalt der Entdeckungen über Kleidung, Ernährung und Ötzis Tod abgeleitet werden kann. Einfach großartig ist dieses - auch von der EU gesponserte - Museum, dessen Besuch wir nur empfehlen können. An der Fundstelle selbst befindet sich ein interessant gestalteter Aussichtsturm, vom dem aus der Besucher einen schönen Ausblick auf das Kyffhäuser - Gebirge hat.

Die Arche Nebra

Mein Gebet

Neufassung von Gerd Thiede

Herr, nimm den Ehefrauen das letzte Wort
und den Ehemännern ihr erstes.

Schenke uns und unseren Freunden mehr
Wahrheit und der Wahrheit mehr Freunde.

Setze dem Überfluss Grenzen und lass
Grenzen überflüssig werden.

Bessere solche Beamte, die wohl tätig
aber nicht wohltätig sind.

Gib den Regierenden ein besseres Deutsch
und den Deutschen eine bessere Regierung.

Erkenne selbst deine Pharisäer besser
und zügle sie gewaltig.

Segne keine Waffen mehr und schicke
keine Soldaten auf die Schlachtfelder.

Setze dich, wenn es sein muss mit Gewalt,
für einen dauerhaften Weltfrieden ein und
und verwirkliche endlich deine eigene
Forderung: „Frieden schaffen ohne Waffen“.

Dafür werden zwar nicht die heuchlerischen
Regierungen „in deinem Namen“, jedoch die
Völker der Welt dankbar sein.

08. Oktober: Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Suhl

Fr	07.10. 09.30 Uhr	Arbeitslosenfrühstück; Volkssol. Himmelreich
Sa	08.10. 09.00 Uhr	Mitgliedervers. des Stadtverbandes Wahlen d. Vorstandes, OB-Kandidaten u.a., CCS, Bankettsaal
Mo	10.10. 16.00 Uhr	Koordinierung WKB, Stadtvorst., Fraktion; Geschäftsstelle
Mo	10.10. 18.00 Uhr	Fraktionssitzung; Geschäftsstelle
Di	11.10. 15.00 Uhr	Buchlesung mit Sandy Green im Lesecafe; Mehliser Markt
Di	11.10. 17.30 Uhr	Stadtvorstand mit BO-Vorsitzenden; Geschäftsstelle
Mi	12.10. 14.00 Uhr	Geburtstagsrunde; Geschäftsstelle
Mi	12.12. 17.00 Uhr	Sitzung des Stadtrates; Oberrathaussaal
Do	13.10. 18.00 Uhr	Veranstaltung zum Jahrestag des Erfurter Parteitages der SPD 1891; FRIZ
Mo	17.10. 18.00 Uhr	Fraktionssitzung; Geschäftsstelle
Di	18.10. 19.00 Uhr	Live aus dem Landtag; FRIZ
Fr	21.10. bis 23.10.	Bundesparteitag DIE LINKE; Erfurt
Mo	24.10. 18.00 Uhr	Fraktionssitzung; Geschäftsstelle
Di	25.10. 17.30 Uhr	Stadtvorstand; Geschäftsstelle
Mi	26.10. 15.00 Uhr	AG Senioren / Seniorencafe; Geschäftsstelle
Mi	26.10. 17.30 Uhr	Suhler Stadträtinnen laden ein, auch Freundinnen des Frauenstammtischs; CCS, Türmchen

Buchlesung mit Sandy Green:
11. Oktober, 15.00 Uhr
Lesecafe am Mehliser Markt

Geburtstagskinder willkommen!
Alle Genossinnen, Genossen und Sympathisanten, die im August Geburtstag hatten, laden wir herzlich zur Geburtstagsrunde am **14.09.2011, 14.00 Uhr** in die Rüssenstr.19 ein.
Auf anregende Gespräche freuen sich **Brigitte und Hella**

Suhler Verkehrsschild, gut beschirmt.

Am 17. Oktober ist Weltarmutstag!
Die Suhler Tafel nimmt gern Spenden von Kleingärtnern aus unsere Stadt und Umgebung entgegen.
Ina Leukefeld

Spruch des Monats: ***„Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine kulturelle Bereicherung. Jede Region muss sich fragen, ob sie eine ausreichende Willkommenskultur hat.*** **(Kay Senius, Chef der Arbeitsagentur für Thüringen und Sachsen-Anhalt)**